



RELIGION UND LSBTI RECHTE

EINE LIBERALE PERSPEKTIVE

Herausgegeben durch das European Liberal Forum in Zusammenarbeit mit LibMov, Movimento Liberali and LGBTI Liberals of Europe und gefördert durch das Europäische Parlament. Alle Meinungsäußerungen sind die der Autoren und geben nicht notwendigerweise die Auffassungen des Europäischen Parlaments und/oder des European Liberal Forum wieder.

The European Liberal Forum (ELF) ist die offizielle politische Stiftung der Europäischen Liberalen Partei, ALDE. Zusammen mit 46 Mitgliedsorganisationen arbeiten wir europaweit, um neue Ideen in die politische Debatte einzubringen, eine Plattform für Diskussionen zu bieten und Bürgerinnen und Bürger darin zu unterstützen, ihren Stimmen Gehör zu verschaffen.

LibMov ist ein Think Tank, der von italienischen, assoziierten Mitgliedern der ALDE gegründet wurde, mit dem Ziel den Liberalismus in Italien zu verbreiten und alle italienischen Liberalen zusammen zu führen, die die Zeit für eine erneuerte Präsenz in der italienischen öffentlichen Debatte und im italienischen politischen System für reif halten.

LGBTI Liberals of Europe ist eine Dachorganisation die sich für die Rechte und Freiheiten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, Trans- und intersexuellen Menschen einsetzt. Gegründet in Stockholm im August 2018, vereinen wir liberale LGBTI Organisationen und politische Parteien.

Dr. Tommaso Virgili ist ein postdoktoraler Forscher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB. Er arbeitet mit verschiedenen Think Tanks inklusive Humanists International, für die er zum Freedom of thought Report 2020 beigetragen hat. Seine wichtigsten Forschungsgebiete sind Islamismus und Radikalisierung, liberaler Islam und Menschenrechte.

Dr. Matteo Gemolo ist ein Musikologe und politischer Kommentator, auf den prestigereiche, akademische Institutionen, wie die University of Huddersfield, die Goldsmith University of London und das Royal Northern College of Music in Manchester, oft als Vortragshalter zurückgreifen. Er ist auch Kolumnist zu den Themen Menschenrechten, Meinungsfreiheit und Säkularismus für Magazine wie das European Eye on Radicalization, Gli Stati General und MicroMega.

Jahr der Veröffentlichung: 2021
European Liberal Forum www.liberalforum.eu

Narrativ

Tommaso Virgili & Matteo Gemolo

Projektleiter

*Every man has a property in his own person.
(Jeder ist der Eigentümer seiner eigenen Person.)*

John Locke, 1690

HINTERGRUND

Sowohl in der Vergangenheit, wie in der Gegenwart, haben Verfechter von LSBTI-Rechten kaum Verbündete in den institutionalisierten Religionen gefunden. Man braucht gar nicht bis zum Mittelalter oder zur Viktorianischen Zeit zurück zu gehen, um eine ganze Bandbreite von Vorurteilen, Hass und Gewalt gegen Homosexuelle zu finden. Überall auf der Welt können wir zahlreiche Fälle dieser Tendenz aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen finden.

In einem offenen Brief vom April 2019 gibt der emeritierte Papst Benedikt Homosexuellen und der sexuellen Revolution der 1960er die Schuld an den Missbrauchsskandalen der römisch-katholischen Kirche: "In zahlreichen Seminaren wurden homosexuelle Cliquen begründet, die mehr oder weniger offen agierten und das Klima in den Seminaren veränderten¹.

Eine ähnliche Ablehnung der Homosexualität kann unter den ultra orthodoxen Juden gefunden werden².

Anti-LSBTI Rhetorik ist das Leitmotiv osteuropäischer Nationalisten geworden, die dabei LSBTI-Rechte als gefährliche, ausländische Bedrohungen darstellen, die die Heiligkeit ihrer traditionellen christlichen Werte untergraben: im August 2019, wurde der Erzbischof von Krakau, Marek Jędraszewski, dafür gelobt zum Gedenken an den 75. Jahrestag des Warschauer Aufstands durch polnische Widerstandskämpfer gegen die Nazi-Besetzung, eine Anti-LSBTI-Messe abgehalten zu haben. Er

¹ Philip Pullella, 'Ex-Pope says sexual revolution led to abuse crisis, sparking debate' <<https://www.reuters.com/article/us-pope-abuse-benedict/ex-pope-says-sexual-revolution-led-to-abuse-crisis-sparking-debate-idUSKCN1RN0WI>>

² <<https://www.myjewishlearning.com/article/judaism-and-the-lgbtq-community-an-overview/>>

beschrieb Polen dabei als ein Land unter Besetzung durch eine "Regenbogen-Plage" von LSBTI-Kampagnenmachern³.

In Russland haben Putin und die russisch-orthodoxe Kirche eine mächtige Basis in der Propaganda gegen LSBTI-Rechte als Verteidigung "traditioneller Werte" und Moskau hat es, bis jetzt, vermieden Maßnahmen gegen die Anti-Gay-Progrome des islamistischen, tschetschenischen Regimes zu ergreifen, oder sie auch nur zu untersuchen⁴.

Trotz ihrer Fragilität sind Liberalismus und Säkularismus immer noch die besten Instrumente, die Mitglieder einer jeden Gesellschaft zu schützen. In einer säkularen, liberalen Demokratie kann keine Ideologie über individuelle Rechte gestellt werden, auch nicht solche, die religiös motiviert sind⁵.

Leider ist dies nicht der Fall für die meisten Länder mit muslimischer Mehrheit, in denen gleichgeschlechtliche Beziehungen immer noch kriminalisiert werden. In vielen muslimischen Ländern in Afrika und dem Mittleren Osten riskieren Homosexuelle Gefängnisstrafen, oft aufgrund von Analuntersuchungen⁶. Andernorts orientiert sich die Gesetzgebung an der Sharia und wartet mit der Todesstrafe durch Steinigung, Hängen oder Köpfen auf. Das ist der Fall in Ländern wie Afghanistan, Brunei, Mauretanien, Nigeria, Pakistan, Katar, Saudi-Arabien, Somalia, Yemen, den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Iran (das, andererseits chirurgische Geschlechtsumwandlung erlaubt)⁷. Ausserdem sind außergerichtliche Ehrenmorde eine übliche Praxis von islamistischen paramilitären Gruppen wie der Isis, Hamas, Hizbollah, Hutus oder gar von den eigenen Verwandten⁸.

³ Marcin Gocłowski, 'Liberals fear unrest as Poland Catholic Church doubles down on anti-gay rhetoric' <<https://www.reuters.com/article/us-poland-lgbt-bishop/liberals-fear-unrest-as-poland-catholic-church-doubles-down-on-anti-gay-rhetoric-idUSKCN1US1EN>>

⁴ Yuri Guaiana, ed., *Il lungo «inverno democratico» nella Russia di Putin* (Turin: Diderotiana Editrice, 2019).

⁵ Giulio Ercolessi, *Liberalism and Definitions* (conference paper, Southern European School of Liberalism, Santiago de Compostela, Galicia, Spain, Sept. 2013 published by ELF, Brussels 2013.)

⁶ <<https://www.humandignitytrust.org/lgbt-the-law/map-of-criminalisation/>> <https://www.hrw.org/report/2016/07/12/dignity-debased/forced-anal-examinations-homosexuality-prosecutions>

⁷ Lucas Ramón Mendos, 'State-Sponsored Homophobia 2020: Global Legislation Overview Update' (Geneva: International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA), 2020), 31, https://ilga.org/downloads/ILGA_World_State_Sponsored_Homophobia_report_global_legislation_overview_update_December_2020.pdf.

⁸ <https://www.counterextremism.com/content/isis-persecution-gay-people>; <http://www.thetower.org/article/will-yemens-gay-community-survive-the-iran-backed-militias-trying-to-take-over/>; <https://www.economist.com/open-future/2018/06/06/how-homosexuality-became-a-crime-in-the-middle-east>; <https://www.newsweek.com/prominent-hamas-commander-was-executed-after-accusations-gay-sex-432343>; <https://www.smh.com.au/lifestyle/it-cant-get-any-worse-than-being-gay-in-syria-today-20151001-gjze4o.html>; <https://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/05/prejudice-turkey-against-homosexuals.html>. Tommaso Virgili, own interview with gay Lebanese refugee from a family affiliated with Hezbollah, Brussels, September 2019.

Weit entfernt von diesen scheinheiligen und gewalttätigen Auffassungen, können religiöse Überzeugungen auch fortschrittliche Kräfte sein.

Schon im Jahr 1972 wurde die erste jüdische Organisation für Homosexuelle, die Jewish Gay Group gegründet. Kurz danach öffnete die erste offen homosexuelle Synagoge in Los Angeles, die Beth Chaim Chadasim. Ihr folgten viele andere schwule und lesbische jüdische Organisationen in Boston, Miami, Philadelphia, San Francisco und Washington D.C.⁹ Die protestantische Minderheitenkirche der Waldenser in Italien nahm schon ab Mitte der 1970er liberale Positionen gegenüber der Homosexualität ein¹⁰. In 2009 machte die Schwedische Kirche ihre Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe offiziell¹¹. Als der Oberste Gerichtshof der USA 2015 für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare für alle US-Amerikaner urteilte, beschloß die Episcopale Kirche Gleichberechtigung bei der Ehe für alle ihre Gläubigen einzuführen¹².

2019 startete die Londoner LSBTIQ- Organisation Imaan unter dem Motto "Wir haben mehr als eine Identität" ein Crowdfunding, um die erste muslimische LSBTI-Pride zu finanzieren¹³. Dem folgte die Eröffnung zahlreicher "liberaler Moscheen" in der ganzen Welt, in denen Männer und Frauen zusammen beten und LSBTI-Menschen willkommen sind¹⁴. In Frankreich gibt es gar den Fall eines verheirateten, homosexuellen Imams¹⁵.

Der Wunsch eine Balance zwischen religiösen Glaubensauffassungen und Menschenrechten zu finden, ist ein Schritt in die richtige Richtung für die Reform vieler religiöser Gemeinschaften im Rahmen säkularer Gesellschaften.

Religion darf niemals einfach nur blind akzeptiert oder als reaktionäre Kraft, die Menschen in eine dunklere Zeit zurückwirft abgetan werden. Sogar in den Augen vieler LSBTI-Menschen ist Religion ein Schlüsselement der eigenen Identität. Sie sollte daher offen und frei diskutiert werden, in ihren positiven, wie negativen Konsequenzen.

⁹ Frank Giaoui et al., Kol Koleinu, From The Closet to the Bimah. A Legacy for Future Generations And All Communities. 'Keshet Ga' avah: The World Congress, 2018.

¹⁰ Paolo Ricca (ed.), Omosexualità e coscienza cristiana, Claudiana, 1976.

¹¹ <https://www.thelocal.se/20091022/22810>

¹² <https://www.hrc.org/resources/stances-of-faiths-on-lgbt-issues-episcopal-church>

¹³ Cherry Wilson & Michael Baggs, 'LGBT Muslim Festival: We don't have just one identity' <<https://www.bbc.com/news/newsbeat-49796967>>.

¹⁴ Rayana Khalaf, 'Take a look at these progressive mosques around the world' <<https://stepfeed.com/take-a-look-at-these-progressive-mosques-around-the-world-2287>>.

¹⁵ *Ibid.*

WAS SIND "IDENTITÄTEN"?

Zuallererst muss die komplexe Beziehung zwischen LSBTI-Rechten und Religionen in den Kontext individueller Identitäten gebracht werden.

Die Definition der eigenen Identität ist ein oft langer, tiefgreifender und intensiver Prozess. Einige Aspekte der Identität sind biologisch vorbestimmt, andere dagegen sind fließend und daher schwierig zu bestimmen.

Fragmente unserer Identität sind wiederholter und andauernder Bearbeitung unterworfen. Die sexuelle Orientierung oder die geschlechtliche Identität in Frage zu stellen, kann für viele eine große Herausforderung sein, während es für andere einfach feststehende Tatsachen sind. Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität sind im Zentrum lang andauernder wissenschaftlicher und religiöser Kontroversen gewesen, die nur zu wenig übergreifendem Konsens geführt haben:

"Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität bleiben heiße Themen für viele Gesellschaften und Institutionen. Das ist besonders auffällig in bestimmten religiösen Traditionsrichtungen. Die öffentliche Debatte zu LSBTI-Rechten ist in vielen Fällen in einer Terminologie von "Religiösen gegen Homosexuelle" geführt worden. Viele religiösen Führer haben gleichgeschlechtliche Beziehungen als unmoralisch verurteilt. Einige stützen ihre Auffassung auf spirituellen Urkunden ihrer Religion oder Tradition. Andere berufen sich auf moralische Prinzipien, Doktrin oder theologische Gründe, um gleichgeschlechtliche Beziehungen zu verurteilen¹⁶.

Ohne weiter auf diese Argumentation einzugehen, scheint es notwendig zu sein, herauszustellen, dass religiöse Zugehörigkeit und sexuelle Orientierung auf zwei sehr unterschiedlichen Grundlagen beruhen. Erstere ist voll und ganz das Ergebnis einer persönlichen Wahl und kann daher auch weitere ideologische und politische Zugehörigkeiten umfassen. Im Gegensatz dazu gibt es beim zweiten die Möglichkeit einer Wahl nur bei sexuellen Handlungen, die willensgesteuert sind, aber nicht bei Fragen wie zum Beispiel der Attraktion und Anziehung zu anderen. Mit anderen Worten, wenn wir unsere Identitäten auf einer Skala anbringen, auf der der eine Endpunkt von unveränderteren, biologischen Charakteristiken (wie z.B. Hautfarbe) und das andere Ende von komplett willensgesteuerten Zugehörigkeiten (wie z.B. Parteimitgliedschaften) begrenzt sind, können wir mit Sicherheit sagen, dass sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität nahe dem ersten Ende landen, während religiöse Zugehörigkeit nahe dem anderen Ende liegt.

Diese Voraussetzung ist von entscheidender Bedeutung, da er uns einen deutlichen Interpretationsrahmen für die Debatten gibt.

¹⁶ Mark Barwick, 'LGBT People, the Religions & Human Rights in Europe' (conference paper, Human Rights Without Frontiers International, 2013) p. 7. For further definitions of the different sexual behaviors, id. pp. 9-10.

Erstens, die religiöse Zugehörigkeit einer Person kann abgewogen und verändert werden und sie kann als Ergebnis einer individuellen Entscheidung gesehen werden. Das ist nicht der Fall bei sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität.

Zweitens kann Religion als ein System von Prinzipien und Werten beschrieben werden, ähnlich einer politischen Ideologie, während sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität, genau wie Hautfarbe, eine innewohnende Eigenschaft einer Person ist. Aus diesem Grund kann sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität nicht der Gegenstand rationaler Infragestellung sein, die bei religiösen und politischen Überlegungen angewendet werden kann - und soll. Es sind Eigenschaften, die ausserhalb eines rationalen Werdeprozesses liegen.

Das verhindert natürlich nicht eine Diskussion darüber, welche Rechte eine Person aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität innehaben soll, unabhängig davon, ob es sich dabei um Hetero-, Bi-, Pan-, Homosexualität, Cisgender oder Transgender oder eine andere Schattierung handelt. Aber die Debatte muss in einer liberalen Demokratie im Lichte einer Abwägung auf rationaler Grundlage geführt werden, inwieweit die Auffassung einer Religion zu LSBTI-Rechten auf guten Argumenten fusst, oder ob solche abwesend sind.

RELIGION ALS IDEOLOGIE

Wie oben angeführt, ist jede Religion eine soziale, historische und moralische Konstruktion. Wenn wir den Anspruch einer Religion auf unabstreitbare Heiligkeit nicht akzeptieren, gibt es nichts, was ihr eine Rechtfertigung an sich verleiht. Ein Verweis auf "Gottes Wort" kann in einem säkularen Staat, der strikte Neutralität zwischen verschiedenen transzendentalen Weltanschauungen pflegt, nicht als Autorität anerkannt werden¹⁷.

Eine religiöse Auffassung als solche ist ein System auf Prinzipien und Dogmen, die völlig legitim einer Überprüfung und Kritik unterworfen werden müssen. Während Kritik an religiösen Dogmen oft fälschlicherweise mit der Stigmatisierung der Religionsausübenden vermischt wird, müssen die beiden Handlungen auseinandergehalten werden, auf die gleiche Weise, wie die Kritik an einer politischen Partei nicht als Verunglimpfung ihrer Mitglieder gilt.

Ein säkularer Staat muss sich deshalb abweisend zur Begriffen wie "Islamphobie", "Christenphobie" oder "Antisemitismus" stellen, sofern diese zum Schutz der Religionen vor Kritik oder Verurteilung

¹⁷ Alice Donald and Erica Howard, 'The right to freedom of religion or belief and its intersection with other rights' (research paper, ILGA-Europe, January 2015).

angewendet werden und nicht zum Schutz ihrer Glaubensausübenden. Die Begriffe würden sonst liberalen Demokratien über die Hintertür eine Art Blasphemiegesetzgebung aufzwingen und Orthodoxie zu einer Frage der Menschenrechte verkleiden¹⁸.

Aber der Staat hat auch die Verpflichtung Menschen gegen Angriffe oder Diskriminierung aufgrund von religiösem Glauben oder Ursprung zu schützen, mit einer besonderen Verantwortung für die Sicherheit von Minderheiten in diesen Kategorien. Aus dieser Perspektive sind die in der EU angenommenen Definitionen von "Anti-muslimischen Hass"¹⁹ oder "Antisemitismus"²⁰ ein Schritt in die richtige Richtung.

Keine Ideologie darf von Überprüfung und Kritik ausgenommen werden oder vor Satire geschützt werden. Speziell dann nicht, wenn die Ausübung in Konflikt mit den Menschenrechten steht, oder Diskriminierung beinhaltet. Das inkludiert Religionen.

ÜBER INDIVIDUELLE FREIHEIT

John Stuart Mill beschrieb vor fast dreihundert Jahren das Fundament eines liberalen, demokratischen Staats, das bis heute Gültigkeit hat.

„Dieses Prinzip lautet: daß der einzige Grund, aus dem die Menschheit, einzeln oder vereint, sich in die Handlungsfreiheit eines ihrer Mitglieder einzumengen befugt ist, der ist: sich selbst zu schützen. Daß der einzige Zweck, um dessentwillen man Zwang gegen den Willen eines Mitglieds einer zivilisierten Gemeinschaft rechtmäßig ausüben darf, der ist: die Schädigung anderer zu verhüten. Das eigene Wohl, sei es das physische oder das moralische, ist keine genügende Rechtfertigung. Man kann einen Menschen nicht rechtmäßig zwingen, etwas zu tun oder zu lassen, weil dies besser für ihn wäre, weil es ihn glücklicher machen, weil er nach Meinung anderer klug oder sogar richtig handeln würde. Dies sind

¹⁸ Leonard Leo, Felice Gaer, and Elizabeth Cassidy. 'Protecting religions from "defamation": a threat to Universal Human Rights standards.' *Harvard Journal of Law and Public Policy* 34, n. 2 (2011) pp. 769-784. See also Haarscher, Guy. «Rhetoric and its Abuses: How to Oppose Liberal Democracy While Speaking Its Language.» *Chicago-Kent Law Review*, n. 83 (2008): 1225-1258.

¹⁹ Der Begriff "anti-muslimischer Hass" beschreibt adäquat das Phänomen, das die Europäische Kommission adressieren möchte. Es beinhaltet die Vermeidung und Bekämpfung von Hass-Reden, Hass-Kriminalität, als auch Diskriminierung, die sich gegen Gruppen oder individuelle Mitglieder solcher Gruppen, auf der Grundlage ihrer Religion oder ethnischen Zugehörigkeit, wenden. https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combatting-discrimination/racism-and-xenophobia/combatting-anti-muslim-hatred_en

²⁰ Basierend auf der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance, Antisemitismus ist "eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die als Hass gegenüber Juden ausgedrückt werden kann. Sprachliche oder physische Manifestationen des Antisemitismus können sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Menschen und/oder ihr Eigentum, gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen richten.." <https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combatting-discrimination/racism-and-xenophobia/combatting-antisemitism_en>.

wohl gute Gründe, ihm Vorhaltungen zu machen, mit ihm zu rechten, ihn zu überreden oder mit ihm zu unterhandeln, aber keinesfalls um ihn zu zwingen oder ihn mit Unannehmlichkeiten zu bedrohen, wenn er anders handelt. Um das zu rechtfertigen, müßte das Verhalten, wovon man ihn abbringen will, darauf berechnet sein, anderen Schaden zu bringen. Nur insoweit sein Verhalten andere in Mitleidenschaft zieht, ist jemand der Gesellschaft verantwortlich. Soweit er dagegen selbst betroffen ist, bleibt seine Unabhängigkeit von Rechts wegen unbeschränkt. Über sich selbst, über seinen eigenen Körper und Geist ist der Einzelne souveräner Herrscher.“²¹

Mit anderen Worten, sollten negative Freiheiten prinzipiell absolut sein²². Keine einzelne Person sollte Zwang in Bezug auf die eigenen Lebensentscheidungen, die nur einen selbst betreffen, ausgesetzt werden. Seine Sexualität oder geschlechtliche Zugehörigkeit auszudrücken ist ein mustergültiges Beispiel einer Wahl zur körperlichen Autonomie einer Person.

Im Rahmen unseres Themas ist es entscheidend, daran zu erinnern, dass das Prinzip des Nicht-Eingreifens in private Lebensentscheidungen nicht nur für den Staat, sondern auch für andere Gruppen und Kollektive gilt. Konkret ergibt sich daraus, dass das Recht einer Religionsgemeinschaft ein Mitglied aufgrund der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität auszuschließen, nicht Teil des Themas dieses Dokuments ist. Es handelt sich dabei um eine interne Angelegenheit. Aber es darf einer Gruppe, Gemeinde, Kirche, oder welchem Kollektiv auch immer, niemals erlaubt werden, Druck auf Personen in deren Alltag auszuüben.

Das führt uns zu der Frage der individuellen Rechte versus der kollektiven Rechte.

In kommunitären Theorien sind unterschiedliche "Gruppen" wirkliche Einheiten, genau wie "Individuen"²³. Sie können deshalb auch eigene Rechte genießen, die nicht nur aus der Summe der individuellen Rechte ihrer Mitglieder bestehen, sondern diese auch brechen²⁴.

Auf gesellschaftlicher Ebene führt das oft zu einer multikulturellen Einstellung, in der die Gesellschaft als Ansammlung "homogener Untergruppen" mit unterschiedlichen Interessen gesehen werden.

²¹ John Stuart Mill, *On Liberty*, 1859.

²² Isaiah Berlin, *Four Essays On Liberty*, (Oxford: Oxford University Press, 1969)

²³ Modood, cit. in Anna Triandafyllidou, 'The multicultural idea and Western Muslims', in *Routledge Handbook of Islam in the West*, ed. Roberto Tottoli, (London; New York, NY: Routledge, 2015), p 220.

²⁴ See Elham Manea, *Women and Shari'a Law* (London & New York: I.B. Tauris, 2016).

Seit den frühen 1990ern hat ein postkolonialer und postmoderner Diskurs - ursprünglich auf die US-amerikanische akademische Welt begrenzt - in den Mainstream der gesellschaftlichen Debatte Einzug gehalten. Er unterstützt die regressive Idee, dass fremde Kulturen und Traditionen das Recht auf Schutz und Sonderrechte haben, aus dem einzigen Grund, dass sie eine Minderheit in einer multikulturellen Gesellschaft repräsentieren. Die Einführung von islamischem Recht in westliche Rechtssysteme (z.B. das Islamic Sharia Council und das Muslim Arbitration Tribunal im Vereinigten Königreich), sind perfekte Beispiele, wie europäische Bürger vor dem Gesetz ungleich behandelt werden. Dies war der Fall bei einigen britischen, muslimischen Frauen, die sich scheiden lassen wollten und vom Islamic Sharia Council dazu gezwungen wurde, ihre Mitgift aufzugeben²⁵.

Auf diese Weise wahrgenommen, öffnet der Multikulturalismus die Tür zur Schaffung von Parallelgesellschaften, und erlaubt dabei oftmals, dass extremistische Anschauungen, im Namen des kulturellen Relativismus, toleriert werden. Sogar die Menschenrechte riskieren dabei in die postkoloniale Kritik des westlichen Imperialismus hinein gezogen zu werden²⁶. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die politische Funktion der Rechte genau der Schutz von Minderheiten gegen die Unterdrückung durch Mehrheiten ist und die kleinste Minderheit ist das Individuum²⁷.

Mit den Worten des islamischen Gelehrten und Menschenrechtsaktivisten Elam Manea:

”Wenn man sieht, wie tief Islamisten sich in muslimische Gemeinschaften eingebettet haben, wird man erkennen, dass die Konsequenz nicht nur die Gewalt ist, von der wir oft hören. Frauen, Kinder und Minderheiten innerhalb dieser Gemeinschaften sind die ersten, die leiden. Wir müssen über die Effekte nachdenken, die Islamismus auf die Verletzlichsten hat und auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt²⁸.

Eine kollektivistische Auffassung von Rechten artet leicht zu einer ‘Unterdrückung durch die Mehrheit²⁹ aus, bei der einer Minderheit Werte aufgezwungen werden, die sich im Widerspruch zum

²⁵ Jane Corbin, ‘[Are Sharia councils failing vulnerable women?](https://www.bbc.com/news/uk-22044724)’ <<https://www.bbc.com/news/uk-22044724>>.

²⁶ Tariq Modood, *Multiculturalism* (Cambridge: Polity Press, 2007).

²⁷ Ayn Rand, *The Virtue of Selfishness* (New York: New American Library, 1964).

²⁸ <https://quillette.com/2018/05/09/elham-manea-fundamentalism-reform/>

²⁹ ‘Was ist also eine Mehrheit im Ganzen, wenn nicht ein Individuum, das Meinungen und meist auch Interessen hat, die im Gegensatz zu einem anderen Individuum, der Minderheit, stehen? Wenn Sie nun zugeben, dass ein Individuum, das mit Allmacht ausgestattet ist, diese gegen seine Gegner missbrauchen kann, warum wollen Sie das Gleiche nicht auch für die Mehrheit zugeben? Haben die Menschen, indem sie sich zusammenschließen, ihren Charakter verändert? Sind sie dadurch, dass sie stärker geworden sind, geduldiger geworden angesichts von Hindernissen? Was mich betrifft, so kann ich es nicht glauben; und die Macht, alles zu tun, was ich einem meiner Mitmenschen verweigere, werde ich niemals mehreren gewähren.’ Alexis de Tocqueville, *Democracy in America*, 1835.

Willen des Einzelnen befinden. Diese Werte können von verschiedenen Kulturen, oder Ideologien, inklusive Religionen, ausgeformt werden.

RELIGION MUSS DEN INDIVIDUELLEN RECHTEN UNTERGEORDNET WERDEN

Säkularismus bedeutet nicht nur Trennung von Staat und Kirche. Der Staat muss auch Garant von Universalismus und Gleichstellung zwischen verschiedenen Rechten sein. Religiösen Gemeinschaften oder Institutionen darf niemals erlaubt werden, unkontrollierte Macht über ihre Mitglieder auszuüben.

Deshalb kann "Interkulturalismus" als bessere Alternative zum "Multikulturalismus", in Bezug auf den Respekt der Menschenrechte, angesehen werden.

Multikulturalismus erlaubt ethnischen, religiösen und sozialen Gruppen nebeneinander zu leben, ohne Interaktion oder Austausch. Die Behörden werden motiviert weg zu schauen, wenn Übergriffe begangen werden, um eine "harmonische Co-Existenz" zwischen den Gruppen zu sichern.

Interkulturalismus bewahrt die Forderung der Universalität der Menschenrechte und betont die Bedeutung des Austausches von Erfahrungen und Traditionen mit dem Ziel eine gemeinsame Basis zu schaffen, auf der Alle vor dem Gesetz gleich sind. Es darf keine Ausnahmen davon, aufgrund religiöser oder politischer Auffassungen, geben³⁰.

Religiöser Glaube muss von liberalen Demokratien als fundamentales Menschenrecht anerkannt werden. Aber er darf keine Sonderstellung in der öffentlichen Sphäre zugewiesen bekommen. Keiner religiösen oder nicht-religiösen Ideologie darf erlaubt werden, die individuellen Rechte zu bedrohen. Deshalb muss der Mythos eines Gegensatzes von Religionsfreiheit und LSBTI-Rechten abgewiesen werden. Die zweiten sind keine Gefahr für die erste. Andererseits gilt "Dein Recht die Faust zu schwingen, endet da wo meine Nase anfängt". Niemand kann sich auf Religiosität oder Überzeugung berufen, als Rechtfertigung LSBTI-Personen zu diskriminieren, genau so wenig, um ihnen ihre Rechte im Privatleben vorzuenthalten oder ihre Identität offen zeigen zu dürfen³¹.

³⁰ Council of Europe, 'White Paper on Intercultural Dialogue "Living Together as Equals in Dignity"' <https://www.coe.int/t/dg4/intercultural/Source/Pub_White_Paper/White%20Paper_final_revised_EN.pdf>.

³¹ Um das Urteil des Obersten Gerichtshofes der USA zu zitieren: "Alle im Gericht von Los Angeles können ein weiteres Bombardment ihrer Gefühle vermeiden, indem sie einfach ihre Augen verdecken.". Supreme Court of the United States, Cohen v. California, 1971. The European Court of Human Rights seems much more cautious with "religious sentiments" from this viewpoint.

In einem säkularen, demokratischen Staat müssen Einzelne Schutz vor jeder Form von Diskriminierung genießen und, falls notwendig, Unterstützung bekommen, beim Verlassen solcher Zusammenhänge, in denen sie sich von anderen Mitgliedern bedroht fühlen. Lyes Alouane, ein französischer Gay-Aktivist mit Hintergrund im Maghreb, der im Genevilliers, einem nordwestlichen Vorort von Paris wohnt und unter anderem in der CSD-Parade in Saint-Denis 2019 teilnahm, verurteilte die verbreitete Homophobie in seinen muslimischen Kreisen mit den Worten:

”Alle wissen, dass es schwerer ist, seine sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität in Arbeitsergebenden auszuleben, als in Paris. Es ist tabu das zu erwähnen. [...] Ich wurde von meiner Familie ausgestoßen und ”haram” genannt. Sie sagten ich bin ein Schande für die Algeriet.”³²

Es ist nicht akzeptabel, die Augen vor diesen Phänomenen zu verschließen. LSBTI-Personen müssen alle Felder überprüfen dürfen, um der Homophobie in der Gesellschaft entgegenwirken zu können. Entscheidungsträger und Zivilgesellschaft müssen sich unbedingt hinter den Forderungen gegen Intoleranz und Diskriminierung versammeln, unabhängig davon, aus welcher Richtung, von welchen Gruppen, Individuen oder Ideologien (religiösen oder nicht religiösen) sie kommen.

”Die Intoleranten zu tolerieren” ist aus einer authentisch liberalen Perspektive keine Option.

³² ‘Homophobie en banlieue ou stigmatisation ? Vif échange à la Gay Pride de Saint-Denis’ <<https://francais.rt.com/france/62908-homophobie-banlieue-ou-stigmatisation-vif-echange-gay-pride-saint-denis>>.

ANNEX

LGBTI Liberals of Europe - Resolution angenommen auf der Generalversammlung am 26. Oktober 2019 in Athen.

Religion und LSBTI-Rechte: eine liberale Perspektive.

EINLEITUNG

In unserer Geschichte sind wir seit Jahrzehnten Zeugen für den Kampf der LSBTI-Gemeinschaft für gleiche Rechte und gleiche Würde. Es war - und ist - ein Kampf gegen traditionelle, konservative Kräfte, die oft auf religiöse Referenzen zurückgreifen, wenn sie gegen die Gleichstellung von LSBTI argumentieren.

In unseren Gesellschaften sind wir an anti-LSBTI-Positionen von evangelikalen und streng katholischen Gemeinschaften gewöhnt. Heutzutage stehen unsere offenen Gesellschaften weiteren Herausforderungen, durch die gestiegene Einwanderung von Menschen aus konservativ-islamischen Regionen gegenüber, die zu Spannungen sowohl mit jüdischen Bürgerinnen und Bürgern und LSBTI-Personen, inklusive derer die selbst muslimischen Glaubens sind, führen. Muslimische LSBTI-Personen werden oft mit vielfacher Diskriminierung konfrontiert aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, ihrer Religion und ihres Migrationshintergrunds.

Während die politische Linke die Spannungen herunterspielt, die von der gestiegenen Einwanderung von Menschen mit konservativ-muslimischen Hintergrund, ausgehen, versuchen rechtspopulistische Parteien dieses Thema für ihre Politischen Ziele zu instrumentalisieren und schaffen damit Angst und Vorurteile auch innerhalb der LSBTI-Gemeinschaft. Wir Liberale akzeptieren weder, dass Konflikte unter den Teppich gekehrt werden, noch diejenigen, die sich als Verteidiger von LSBTI gegen den Islam aufspielen und selbst die Gleichstellung von LSBTI ablehnen.

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN³³

- Menschenrechte sind individuell, universal und nicht verhandelbar. Es ist zentraler Teil der Staatsräson einer liberalen Demokratie, sie zu unterstützen.
- Die öffentliche Hand sollte auf allen Ebenen fest am Konzept des Säkularismus festhalten und dadurch Privilegien für Religionen zurückzuweisen, egal ob rechtlicher, wirtschaftlicher oder intellektueller Natur.
- Keine Gesetze oder Verordnungen sollten es Gemeinschaften erlauben Einzelnen kollektive Traditionen aufzuzwingen. Die Religionsfreiheit kann nie ein Vorwand sein, andere grundlegende Rechte in Frage zu stellen.
- Journalisten, Akademiker, politische Entscheidungsträger und Intellektuelle sollten nie vermeiden, Religionen und ihre Grundsätze zu diskutieren und zu kritisieren.
- Alle Teile des Rechtssystems müssen garantieren, dass LSBTI-Personen ausreichend Schutz gegen Belästigungen, Gewalt und Diskriminierung in der gesamten Gesellschaft erhalten, mit besonderem Augenmerk auf solche Felder, in denen homophobe oder transphobe Verbrechen bereits früher begangen wurden.
- Die staatlichen Stellen müssen sicherstellen, dass religiöse Akteure, die gesellschaftliche oder soziale Dienstleistungen mit direkter oder indirekter Unterstützung der öffentlichen Hand ausführen, verfassungskonforme Prinzipien aufrecht erhalten und keine diskriminierenden Ansichten vertreten oder religiöse Prinzipien vor die gesetzlichen stellen.
- Wir erwarten, dass alle religiösen Gemeinschaften und deren Führungspersonen das Gesetz befolgen, unabhängig von deren eigenen persönlichen Glauben und Auffassung, sowohl in Bezug auf das allgemeine Gesetz, als auch auf die individuellen Rechte.
- Medien sollten einem Verhaltenskodex folgen, der die Nicht-Diskriminierung von LSBTI-Personen beinhaltet, unabhängig vom religiösen Hintergrund des einzelnen Journalisten.

³³ Die nachfolgenden Empfehlungen sind aus der oben genannten Analyse abgeleitet und unter Betrachtung des Positionspapiers LSBTI und Islam in Deutschland zu Stande gekommen, die am 4.11.2018 von den Liberalen Schwulen und Lesben Deutschlands angenommen wurden.

- Öffentliche Personen in hervorgehobener Stellung, Politikerinnen und Politiker und Organisationen der Zivilgesellschaft sollten alle nach ihren Möglichkeiten liberale, progressive religiöse Akteure, die aktiv für Dialog und Austausch arbeiten, fördern und unterstützen.
- Schulen sollten die Themen Vielfalt, Toleranz und LSBTI-Rechte in den Unterricht aufnehmen, inklusive Unterricht durch LSBTI-Personen, um Vorurteilen entgegen zu wirken. Die öffentliche Hand soll solchen Unterricht fördern und ihm nicht entgegen wirken.
- Staaten müssen garantieren, dass LSBTI-Personen, die auf der Flucht sind und um Asyl ansuchen, ohne Diskriminierung aufgrund der religiösen Überzeugungen der handelnden Personen, behandelt werden.
- Integrationsmassnahmen für Einwanderer müssen obligatorischen Unterricht zu liberalen, demokratischen Werten, inklusive LSBTI-Rechte, beinhalten.
- Das Bewusstsein für die Erfahrungen von LSBTI-Flüchtlingen muss gestärkt werden, um sowohl teokratische Ansichten, wie auch populistische Argumente, dass Migranten "Europas Freiheiten untergraben" wollen, zu begegnen.
- Wir fordern zum Dialog mit religiösen Gemeinschaften auf, damit sie LSBTI-Personen und ihre Rechte akzeptieren.